

volksfreund

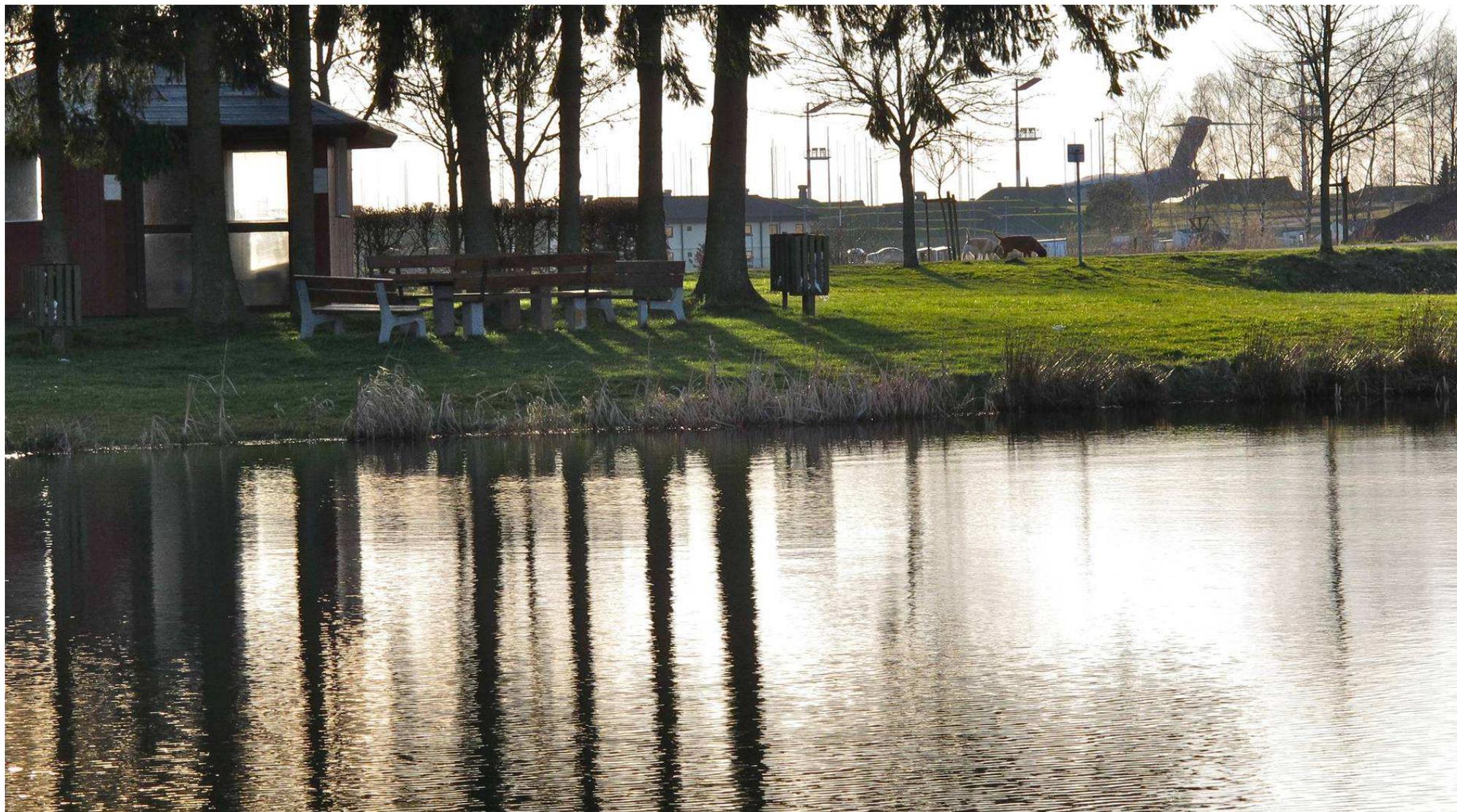
Partner von **RP ONLINE**

Region / Bitburg & Prüm

Schadstoffbelastung

Krebserregende Stoffe rund um Spangdahlem: Zehn Jahre nichts passiert

10. Februar 2021 um 17:28 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Wegen hoher Schadstoffbelastung darf im Binsfelder Märchenweiher schon seit Jahren nicht mehr geangelt werden. Der Verzehr der Fische kann krank machen. Foto: Friedhelm Knopp (f.k.)

Spangdahlem. Gut zehn Jahre ist es her, dass Umweltschützer rund um den Flugplatz Spangdahlem krebserregende Schadstoffe entdeckt haben. Die Sanierung lässt aber weiter auf sich warten. Woran das liegt.

Von Christian Altmayer

Mit dem volksfreund+ Jahrespaket 28 % sparen: 12 Monate lesen für nur 69,-€!

Der Mensch ist schon erstaunlich. Er kann Raketen zum Mond schießen, Computern das Schreiben von Sinfonien beibringen. Und, wie sich erst kürzlich gezeigt hat, innerhalb von Monaten Impfstoffe für neue Infektionskrankheiten entwickeln. Manchmal scheint es, dass kaum noch Probleme auf der Welt übrig sind, für die wir technisch keine Lösung finden.

Und dann erinnern wir uns an ein solches Problem direkt vor der Haustür: die Sanierung der Schadstoffbelastung rund um den Flugplatz Spangdahlem. Seit 2011 ist bekannt, dass sogenannte Perfluorierte Tenside (PFT) ihren Weg vom Militärstützpunkt in die umliegenden Flüsse, Bäche und das Grundwasser gefunden haben. Wie wir sie da aber wieder rausbekommen sollen, ist nach wie vor unklar.

INFO

Perfluorierte Tenside

Perfluorierte Tenside kommen in der Natur nicht vor. Die Chemikalien erfreuten sich aber jahrelang in 800 verschiedenen Formen großer Beliebtheit. Weil sie fett-, wasser- und schmutzabweisend sind, kamen sie in Beschichtungsmitteln und Löschschäumen zum Einsatz. Da an den Verbindungen alles abperlt, sind sie aber auch schwer aus der Umwelt zu bekommen. Dramatisch ist das, weil einige der Stoffe, etwa die Säuren PFOS und PFOA, gesundheitsschädlich sind. US-Forscher wiesen nach, dass es einen Zusammenhang zwischen der Konzentration im Blut und erhöhten Blutfettwerten, Herzproblemen, Schilddrüsenerkrankungen, Dickdarmentzündungen, Hoden- und Nierenkrebs gibt.

Die krebserregenden Stoffe stammen wohl aus Löschschäumen, die bei Einsätzen und Übungen von der amerikanischen Feuerwehr versprüht wurden. Und sie sickerten, so viel man weiß, über Kanäle und Drainagen ins Umland. Wo sie in manchen Weihern Grenzwerte um das Hundertfache überschreiten.

Daran hat sich auch bis heute, zehn Jahre nach den ersten Untersuchungen in der Eifel nichts geändert. Zwar wird die Gegend von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD-Nord) nicht mehr regelmäßig untersucht. Stichproben, schreibt eine Sprecherin der Landesumweltbehörde, bestätigten aber die bisherigen Erkenntnisse. Mit anderen Worten: Die Belastung ist genauso hoch wie vor gut einem Jahrzehnt.

Doch warum wird nichts unternommen gegen die krebserregenden Chemikalien? Was ist aus dem ambitionierten Ziel der Umweltbehörde geworden, deren Konzentration in Bächen und Teichen auf 50 Nanogramm pro Liter zurückzufahren?



Justiz

Airbase schuld an Verunreinigung?

Offenbar nicht viel, wie die Antworten der Behörden auf Anfragen unserer Zeitung belegen. Auf Fragen zum Stand der Sanierung gehen weder die SGD-Nord noch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) konkret ein.

Bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion ist von „Gutachten“ die Rede, die derzeit „ausgewertet“ würden. Der Pressesprecher der Bima schreibt: Es seien Messstellen errichtet und Daten gesammelt worden. Über „Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen“ werde erst „im Zuge des noch ausstehenden Abstimmungsverfahrens entschieden“. Wie lange das alles noch dauern soll? Unklar.

Es scheint derzeit, dass allein die US-Streitkräfte selbst etwas gegen die Belastung, die von ihrem Flugplatz ausgeht, unternehmen. Zwei Millionen Dollar, erklärt eine Sprecherin des Flugplatzes, seien seit 2011 in den Umweltschutz rund um den Stützpunkt geflossen. Wie viel für Sanierungsarbeiten ausgegeben wurde, lasse sich zwar nicht mehr ermitteln.

Es gebe aber zumindest klare Vorschriften für den weiteren Umgang mit dem belasteten Löschschaum, der nur noch in dringenden Notfällen außerhalb befestigter Übungsgelände versprüht werde. Es sei ein Meldesystem etabliert. Sodass wenn irgendwo Schaum austritt, ob durch einen Unfall oder bei einer Übung, sofort Alarm geschlagen wird: „Wir reagieren unverzüglich mit entsprechenden Sanierungsmaßnahmen.“

Zudem werden verunreinigte Böden bei Bauarbeiten ausgekoffert und entsorgt. Ebenso wie belastete Sedimente, die sich in den Regenauffangbecken auf dem Gelände sammeln und bei Sturm schon mal ins Umland gespült wurden.



Umwelt

„Muss es denn erst Tote geben?“ – Schadstoffe von Flugplatz Bitburg und Airbase gefährlicher als gedacht

So soll gewährleistet werden, dass keine weiteren Einleitungen mehr vom Flugplatz ausgehen. Das Problem ist allerdings, dass schon viel zu viel in die Umwelt gelangt ist. Und nach wie vor keiner zu wissen scheint, wie man es wieder da herausbekommt.

Auf dem Flugplatz Bitburg ist wenigstens ein Anfang gemacht. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die gemäß Nato-Truppenstatut für die Schäden durch ausländische Streitkräfte haftet, hat vergangenen Herbst einen wegweisenden Auftrag erteilt. Die Darmstädter Fachfirma Arcadis will bis Mitte März ein Konzept für den Bau eines Landschaftsbauwerks vorlegen, das rund 80 000 Kubikmeter belastete Erde fassen soll.

Nach dem Bau einer solchen Anlage könnte man zumindest anfangen, auf dem Gewerbegebiet großflächig den verunreinigten Boden abzutragen. Zurzeit wird das Material in stillgelegten Bunkern zwischengelagert. Das Landschaftsbauwerk wäre hier also ein Wendepunkt. Auch wenn Umweltschützer weiterhin fordern, dass auch Gewässer durch Filter gesäubert gehören. Und den Kritikern ohnehin alles nicht schnell genug geht.



Die Sanierung der Umweltschäden rund um Spangdahlem ist da im Vergleich allerdings noch weiter im Hintertreffen. Zur Frage, ob ein vergleichbares Landschaftsbauwerk auch an diesem Standort infrage komme, heißt es bei der SGD-Nord schlicht, dass sich diese Frage gar nicht stelle. Der Pressesprecher der Bima schreibt: „Hierzu sind mit Blick auf den Verfahrensstand derzeit keine Aussagen möglich.“